

Vorabauszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 29.10.2015– öffentlicher Teil

17.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 05.10.2015 (eingegangen am 09.10.2015) zur Entwicklung eines Handlungskonzeptes zur Schaffung sozialen Wohnraumes in Bergisch Gladbach *0436/2015*

Herr Santillán erklärt, dass er den Antrag inhaltlich unterstütze. Es sei klar, dass neuer Wohnraum benötigt werde. Was letztlich für eine Lösung bei einem solchen Handlungskonzept herauskomme sei offen, jedoch stelle es den richtigen Weg dar.

Herr Zalfen erwidert, dass er dem Antrag nicht zustimmen könne, da diesem bauordnungsrechtliche Vorschriften gegenüberstehen. Er ziele auf eine Problematik ab, die Politik und Bürgermeister ebenfalls erkannt haben. Es sei unausweichlich, dass die Zahl des bezahlbaren Wohnraumes deutlich erhöht werde. Gleichzeitig müsse darauf geachtet werden, dass die Wohnbereiche in einem ausgewogenen Verhältnis bleiben und der städtebaulichen Entwicklung entsprechen. Es gebe hierzu diverse Lösungsmöglichkeiten. Auch die SPD habe hierzu für die kommende Ratssitzung eine Stärkung der RBS beantragt. Er bittet darum, dass seitens des Fachbereiches 6 ein entsprechendes Konzept zeitnah ausgearbeitet werde. Hierzu seien auch verschiedene Ausschüsse zu beteiligen. Die erste Wohnung werde vermutlich frühestens in 1 ½ Jahren bezugsreif sein.

Herr Urbach zeigt sich diesbezüglich optimistischer, da seitens Herrn Schmickler bereits mit der Ausarbeitung eines solchen Konzeptes begonnen worden sei. Je früher mit einer Umsetzung begonnen werde, desto früher seien die ersten Wohnungen bezugsreif.

Herr Santillán führt an, dass der Antrag nicht gegen bauordnungsrechtliche Vorschriften verstoße. Die jeweiligen Verfahren sollen lediglich im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen möglichst schnell umgesetzt werden. Dies stimme auch mit der Aussage Herrn Zalfens überein. Andere Kommunen seien bereits dazu übergegangen Holzhäuser zu bauen, was auch eine vorstellbare Praxis darstelle. Es gebe allerdings auch andere zügig durchführbare Alternativen, wie Betonplatten oder Baukastensysteme. Die Errichtung solcher Einheiten könne auch an verschiedenen Orten in geringer Stückzahl erfolgen, so dass auch der Ästhetik genüge getan werde. Eine Beschleunigung der Verfahren sei indes notwendig. Er stimmt Herrn Zalfen zu, dass im Rat und in den Ausschüssen über ein Konzept diskutiert werden müsse.

Herr Außendorf erklärt, dass die Verwaltung vorschlage, den Antrag an den „Runden Tisch bezahlbarer Wohnraum“ zu überweisen. Die Argumentation in der Vorlage hierfür sei schwach. Die Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN könne sich durchaus vorstellen, sich dem seitens der Fraktion DIE LINKE. formulierten Text anzuschließen. So solle die Verwaltung ein Handlungskonzept entwickeln, dessen Notwendigkeit unstrittig sei. Er stimme jedoch Herrn Zalfen dahingehend zu, dass einige Punkte des Antrags problematisch seien. Er schlägt vor, dass die Verwaltung eine Beschlussfassung für den Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss vorbereiten solle, welches den Schwerpunkt auf den sozialen Wohnungsbau lege. So könne im Ausschuss eine fundierte Beratung erfolgen.

Herr Urbach weist darauf hin, dass ein Konzept – unabhängig vom Antrag der Fraktion DIE LINKE.- bereits in Arbeit sei. Eine Verweisung an den Runden Tisch sei deshalb vorgeschlagen worden, da die Thematik dort bereits diskutiert worden sei. Eine dann folgende Beteiligung der Ausschüsse stehe außer Frage.

Herr Kraus teilt mit, dass er dem Vorschlag der Verwaltung folgen könne. Es sei richtig, dass zeitnaher Handlungsbedarf stehe, jedoch solle – betreffend der Art und Weise der Schaffung neuen Wohnraumes - nicht die städtebauliche Entwicklung außer Acht gelassen werden, wozu der Rat auch die Einrichtung eines Gestaltungsbeirates beschlossen habe. Auch in einer solchen Notlage solle maßvolles Handeln die Maxime darstellen. Der Umgang der Verwaltung mit dieser Notlage sei lobenswert.

Herr Urbach sagt zu, dieses Lob weiterzugeben. Es sei darauf hinzuweisen, dass ein Konzept bereits in Arbeit sei.

Herr Urbach stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Der Haupt- und Finanzausschuss fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der Antrag wird an den „Runden Tisch bezahlbarer Wohnraum“ überwiesen.

Für die Richtigkeit

gez.

Dennis Zach

Schriftführung

02.11.2015